

Resolution

verabschiedet auf dem
15. DPT



**15. Deutscher Psychotherapeutentag
am 14. November 2009 in Lübeck**

Gesundheitspolitik nachhaltig gestalten

Der Deutsche Psychotherapeutentag hat zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag zunächst keine konkreten Veränderungen für die Gesundheitsversorgung beschlossen hat, sondern eine Regierungskommission geplant hat, die diese ausarbeitet.

Der Deutsche Psychotherapeutentag fordert die Kommission dazu auf, bei der Ausarbeitung künftiger Reformen des Gesundheitssystems inhaltlich zu berücksichtigen, dass inzwischen erdrückende Erkenntnisse über die „Krankheitslast“ in Deutschland vorliegen, die wesentlich durch psychische Krankheiten geprägt ist. Auch die wirtschaftlichen Belastungen der Sozialsysteme können entsprechend erklärt werden. Psychische Erkrankungen verursachen die längsten Ausfallzeiten bei Arbeitnehmern. Sie stellen damit einen bedeutenden Faktor für die wirtschaftliche Belastung der einzelnen Unternehmen und der Volkswirtschaft insgesamt dar. Ein Arbeitnehmer fehlte laut AOK-Fehlzeiten-Report 2009 im Jahr 2008 bei einer psychischen Erkrankung durchschnittlich 22,5 Tage. Psychische Erkrankungen standen im Jahr 2008 an dritter Stelle hinsichtlich des AU-Tage-Volumens bei den Frauen, bei den Männern an vierter Stelle. Seit 1995 ist die Zahl der durch psychische Erkrankungen verursachten Arbeitsunfähigkeit um 80 Prozent gestiegen und erhöht sich stetig. Seit dem Jahr 2000 sind psychische Erkrankungen die häufigste Diagnose bei Erwerbsunfähigkeitsberentungen, mit weiter zunehmender Bedeutung.

Diese Daten sollten notwendigerweise auch bei den Überlegungen zur Entwicklung des Gesundheitssystems mit einbezogen werden. Auch aus ökonomischer Sicht sollte die Bedeutung psychologischer Faktoren an der Entstehung und beim Verlauf von Erkrankungen (auch im somatischen Bereich) zunehmend in den Mittelpunkt gestellt werden. Entsprechende Strukturen müssen ausgebaut und entsprechende Ressourcen müssen vorgehalten werden. Einen diesbezüglichen Bedarf sieht der Deutsche Psychotherapeutentag in allen Bereichen der sozialen Sicherung und speziell in den Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Der Deutsche Psychotherapeutentag fordert die neue Bundesregierung daher dazu auf, sich für eine nachhaltige und vorsorgende Gesundheitspolitik stark zu machen, die nicht auf kurzfristige Einspareffekte abzielt, sondern die Gesundheit der Bevölkerung insgesamt in den Blick nimmt. Hierzu gehört aus unserer Sicht insbesondere auch die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Um dies zu gewährleisten, gehören dazu neben einer flächendeckenden psychotherapeutischen Versorgung für die Bevölkerung auch gute Rahmenbedingungen für die Behandlerinnen und Behandler im medizinischen und im psychosozialen Bereich.

Aus diesen genannten Gründen sollten qualifizierte Fachleute in der geplanten Regierungskommission mitwirken, die die besonderen Erfordernisse des psychosozialen Bereichs angemessen einbringen können. Die Bundespsychotherapeutenkammer steht jederzeit als Gesprächspartner zur Verfügung.